



## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

### **29. Sitzung (öffentlich)**

16. August 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:01 Uhr bis 17:55 Uhr

Vorsitz: Josef Neumann (SPD)

Protokoll: Dr. Lukas Bartholomei, Carolin Rosendahl

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **1 Für Gesundheit, Landwirtschaft & Umwelt: Entwicklung einer ganzheitlichen Ernährungsstrategie für Nordrhein-Westfalen**

**9**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2550

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/5445

Ausschussprotokoll 18/265 (Anhörung am 23.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

- 2 Gesetz zur Übermittlung von Schülerinnen- und Schülerdaten am Übergang von der Schule in den Beruf (Schülerinnen- und Schülerdatenübermittlungsgesetz NRW)** 11
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 18/4532
- Wortbeiträge
- 3 Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung** 12
- Gesetzentwurf  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4278
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Susanne Schneider (FDP), sich pflichtig an der vom federführenden Ausschuss vorgesehenen Anhörung zu beteiligen.
- 4 NRW braucht einen Masterplan zur Stärkung der Kindergesundheit!** 13
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2552
- Ausschussprotokoll 18/244 (Anhörung am 10.05.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung
- Wortbeiträge
- Es erhebt sich kein Widerspruch gegen den Vorschlag, den Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung erneut aufzurufen.
- 5 Einsatzkräfte schützen und Vertrauen in die Handlungsfähigkeit unseres Rechtsstaates bewahren – die Landesregierung muss Konsequenzen aus der Silvesternacht ziehen!** 16
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/2553

Ausschussprotokoll 18/248 (Anhörung am 11.05.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

**6 Die Situation von Endometriose-Betroffenen verbessern – Aufklärung, Versorgung und Forschung stärken** 18

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/1361

Ausschussprotokoll 18/196 (Anhörung am 16.03.2023)

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss einigt sich darauf, zu dem Antrag kein Votum abzugeben.

**7 Grenzüberschreitende Kooperationen Nordrhein-Westfalens mit den Niederlanden und Belgien auf den Gebieten Bildung und Kultur intensivieren und so den europäischen Zusammenhalt weiter stärken** 19

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/4371

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme der AfD-Fraktion bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

**8 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – NRW macht sich auf den Weg zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung 21**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2544

Ausschussprotokoll 18/230 (Anhörung am 26.04.2023)

– Wortbeiträge

**9 Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potenziale nutzen, Engstellen beseitigen, Karrieren ermöglichen 23**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/4559

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4670

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Jule Wenzel (GRÜNE), eine Anhörung zu dem Antrag durchzuführen.

**10 Einsamkeit in NRW: Warum jetzt gehandelt werden muss! 24**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4582

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion ab.

- 11 Pflegeschulen retten und fit für die Zukunft machen!** **25**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4588
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP ab.
- 12 Chancengleichheit schaffen – Inklusion in der Kita auf ein breites Fundament stellen** **26**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 18/4585
- keine Wortbeiträge
- 13 Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung des erweiterten Nationalen Centrums für Tumorerkrankungen (NCT) als nicht-rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts** **27**
- Vorlage 18/1361  
Drucksache 18/4863
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss nimmt den Verwaltungsvereinbarungsentwurf zur Kenntnis.
- 14 Einstellung der Förderung für die Forschungsgesellschaft für Gerontologie (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])** **28**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1432
- Wortbeiträge

- 15 Berufliche Anerkennung von Meisterinnen und Meistern sowie Technikerinnen und Technikern in der Arbeitsschutzverwaltung** (*Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2]*) **30**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1434
- Wortbeiträge
- 16 Novellierung des Rettungsgesetzes Nordrhein-Westfalen** (*Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 3]*) **31**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1430
- Wortbeiträge
- 17 Aktueller Stand Stärkungspakt Nordrhein-Westfalen** (*Bericht auf Wunsch der Landesregierung*) **33**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1504 (nachträglich erschienen)
- mündlicher Bericht der Landesregierung
- 18 Integrierte Wohnungsnotfallberichterstattung Nordrhein-Westfalen 2022** (*s. Anlage 4*) **35**
- Bericht  
der Landesregierung  
Vorlage 18/1431
- 19 Entwurf einer Sechsten Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und die Angelegenheiten der Berufsbildung im Rahmen der Handwerksordnung (HwO) sowie die Zuständigkeiten nach dem Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz (BQFG) (BBiGZustVO)** **38**
- Vorlage 18/1466  
Drucksache 18/5384
- keine Wortbeiträge
- Der Ausschuss ist angehört worden.

**20 Verschiedenes**

**39**

hier: **Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes NRW, Drucksache  
18/4341**

**39**

\* \* \*



## 8 Klimaschutz ist Gesundheitsschutz – NRW macht sich auf den Weg zu einer klimagerechten Gesundheitsversorgung

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 18/2544

Ausschussprotokoll 18/230 (Anhörung am 26.04.2023)

*(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales – federführend –, an den Ausschuss für Heimat und Kommunales sowie an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 25.01.2023)*

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler warnten seit Jahrzehnten vor den Risiken der Klimakrise nicht nur für den Planeten, sondern auch für Patientinnen und Patienten sowie die Gesundheit im Allgemeinen, führt **Meral Thoms (GRÜNE)** an. Daher verwunderte die große Zustimmung zu dem Antrag seitens der Sachverständigen im Rahmen der Anhörung nicht. Die dabei geäußerten Wünsche nach einfachen Förderrichtlinien und einer Befassung auch mit dem ambulanten Sektor nehme man sich zu Herzen.

Die Koalitionsfraktionen nähmen das Thema ernst, was auch daran deutlich werde, dass sie den Antrag schon weit vor dem Sommer gestellt hätten, in dem es wieder zahlreiche Schlagzeilen zu Hitzewellen und Starkregenereignissen gegeben habe, die die Relevanz des Antrags untermalten.

Zu den vorgesehenen Maßnahmen zählten die Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise sowie die Unterstützung der Kommunen bei Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Aktionsplänen.

Bei der Umsetzung einer klimagerechten Gesundheitsversorgung spiele das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen eine wichtige Rolle, ebenso aber das Gesundheitswesen selbst. Im Rahmen der neuen Krankenhausplanung würden den Krankenhäusern 800 Millionen Euro – ein Drittel der Gesamtmittel – für Klimafolgenanpassungsmaßnahmen bereitgestellt.

Nachdem bei der Landesgesundheitskonferenz im vergangenen Jahr die Bedeutung und die Dringlichkeit des Themas deutlich geworden seien, was die Anhörung weiter unterstreiche, werde sich der klimagerechten Gesundheitsversorgung mit dem Antrag konkret gewidmet, fasst **Marco Schmitz (CDU)** zusammen. Im Weiteren schließe er sich den Äußerungen seiner Vorrednerin an.

Der Antragstext gleiche in erheblichem Maße der mit allen Akteuren über Monate abgestimmten Erklärung zur angesprochenen Landesgesundheitskonferenz, bemerkt **Rodion Bakum (SPD)**. Allerdings seien entscheidende Stellen nicht mit abgeschrieben worden.

Der Fokus des Antrags liege auf dem Krankenhaussektor, Bereiche wie die Pflege, der öffentliche Gesundheitsdienst oder die Apotheken blieben außen vor. Auch das von Meral Thoms (GRÜNE) thematisierte Landeszentrum Gesundheit finde im Antrag keine Erwähnung.

Die für Klimaanpassungsmaßnahmen im Krankenhaussektor vorgesehenen 800 Millionen Euro reichten laut dem von der Krankenhausgesellschaft angeführten Gutachten von Professor Augurzky bei Weitem nicht. Demnach würden bis 2030 7,7 Milliarden Euro benötigt.

Da sich auf Initiative der damaligen Bundesumweltministerin Svenja Schulze spätestens seit 2018 durch die KLIK-Manager schon mit Klimaschutzmanagement in Krankenhäusern befasst werde, brauche es aus Sicht seiner Fraktion nun einen „Health in All Policies“-Ansatz. Der vorliegende Antrag sei demnach unzureichend. Da er aber in weiten Teilen mit der Erklärung zur Landesgesundheitskonferenz übereinstimme, der die SPD zugestimmt habe, könne seine Fraktion ihn nicht ablehnen.

Sowohl die Erklärung zur Landesgesundheitskonferenz als auch der vorliegende Antrag fußten auf wissenschaftlichen Erkenntnissen etwa zu Infektionskrankheiten, Tropenkrankheiten und Starkregenereignissen, erläutert **Meral Thoms (GRÜNE)**. Die Anschuldigung, man habe einfach nur abgeschrieben, sei also falsch, aber natürlich solle die Erklärung auch nicht einfach nur für die Schublade geschrieben worden sein. Mit dem Antrag würden eine zielgerichtete Strategie sowie planvolles Handeln forciert.

**Susanne Schneider (FDP)** macht darauf aufmerksam, dass bislang die Rehakliniken bei dem Thema außen vor blieben. Sie dürften nicht vergessen werden.

Die Ausbreitung von Infektionskrankheiten werde sich im Antrag mit keinem Wort erwähnt, nimmt **Rodion Bakum (SPD)** Bezug auf Meral Thoms (GRÜNE) Wortbeitrag. Es werde lediglich auf Krankheitsüberträger wie Zecken und invasive Arten eingegangen.

Da die Infektionskrankheiten aber sowohl in der Anhörung als auch in der Erklärung zur Landesgesundheitskonferenz aufgegriffen worden seien, bitte er um Aufklärung dazu.

Sie wolle im Ausschuss eigentlich keine Textarbeit betreiben, verweise aber darauf, dass im Antrag auf die Landesgesundheitskonferenz verwiesen werde und dass darin als Maßnahmen eine Sensibilisierung der Bevölkerung sowie Aus- und Fortbildungen im Gesundheitswesen vorgesehen würden, erwidert **Meral Thoms (GRÜNE)**.

Wie aus der Anhörung hervorgehe, gebe es hinsichtlich der Kosten einige Synergieeffekte etwa bei der Sanierung von Gebäudeteilen, greift **Dr. Martin Vincentz (AfD)** auf. Allerdings geschehe in anderen Bereichen eine Fehllokation der ohnehin knappen finanziellen Mittel. Bei der recht ambitionierten Krankenhausplanung setze man an manchen Stellen Gelder ein, die dann anderswo fehlten. Bei einem in finanzieller Hinsicht ohnehin mit dem Rücken zur Wand stehenden Gesundheitssystem halte er dies für ein mutiges Vorhaben.